

„...go very slowly with the conversations...“

Bemerkungen zur britischen Außenpolitik im Kontext der Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939¹

Dr. Reiner Zilkenat, Hoppegarten

Verfolgt man die vor kurzem in den herrschenden Medien publizierten Beiträge anlässlich des 75. Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939, so wird bei den Leserinnen und Lesern der Eindruck hervorgerufen, als existiere eine doppelte Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Nicht der deutsche Faschismus und sein selbsternannter „Führer“ Adolf Hitler allein hätten den folgenschwersten Krieg der Weltgeschichte herbeigeführt. Vielmehr seien Deutschland *und* die Sowjetunion, Hitler *und* Stalin gemeinsam – mitunter wird auch die Reihenfolge absichtsvoll verkehrt: Stalin und Hitler – in gleicher Weise für die Auslösung des Zweiten Weltkrieges verantwortlich.

Diese Sichtweise ist bekanntlich wenig originell. Sie gehört seit jeher zum Standardrepertoire der meisten bürgerlichen Historiker und Publizisten. Sie dient insbesondere als Beleg für den Wahrheitsgehalt der Totalitarismuskonzeption. An dieser Stelle soll ein Aspekt in der gebotenen Kürze beleuchtet werden, der bei all diesen Publikationen keine Rolle zu spielen pflegt. Es geht um die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, die *vor* dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages in Moskau begonnen hatten und deren Vorgeschichte und Verlauf ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Verlogenheit oder Inkompetenz der meisten bürgerlichen Autorinnen und Autoren werfen, die sich der Thematik des deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrages widmen. Worum geht es?

Nach dem Abschluss des Münchner Abkommens, der Lostrennung der so genannten sudetendeutschen Gebiete und dem Einmarsch der Nazi-Wehrmacht in die – wie die Faschisten es nannten – „Rest-Tschechei“ im Zeitraum vom September 1938 bis zum März 1939 stand die Frage auf der Tagesordnung, wie der Expansionsdrang Hitlerdeutschlands, sein zielgerichteter Weg in einen neuen Weltkrieg, endlich gestoppt werden könnte. Dabei spielte die Politik Großbritanniens eine Schlüsselrolle. Welchen Rahmenbedingungen musste sich die Außenpolitik dieses Landes stellen?²

¹ Stark erweiterte Fassung eines Vortrages vor dem Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE vom 6. September 2014. Die Vortragsform wurde beibehalten, die Anmerkungen weitgehend auf den Nachweis der Zitate beschränkt.

² Siehe zum Folgenden Mirjam Kölling: Aspekte britischer Außenpolitik in den zwanziger Jahren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im Folgenden: ZfG), 21. Jg., 1973, H. 11, S. 1423ff.; A.J.P. Taylor: English History 1914-1945, Oxford u. New York 2001 (The Oxford History of England), S. 321ff.; Zum Gesamtzusammenhang:

Großbritannien zwischen den Weltkriegen – Großmacht im Abstieg?

Die ökonomische, politische und militärische Lage der einstigen „Weltmacht Nr. 1“ hatte sich seit dem Ende des 1. Weltkrieges kompliziert. Die USA hatten Großbritannien als führende kapitalistische Macht abgelöst. Aus seinen einstigen Positionen als größter Gläubiger, als Weltfinanzzentrum und „workshop of the world“ sowie als maritime Supermacht war man jeweils durch die USA verdrängt worden. Nicht mehr die Londoner City, sondern die Wall Street zog weltweit die größten Kapitalströme an. Nicht mehr das Pfund Sterling, sondern der US-Dollar war inzwischen zur globalen Leitwährung avanciert. In Europa war bereits seit Mitte der zwanziger Jahre Deutschland als Wirtschaftsmacht an Großbritannien vorbeigezogen. Überdies erwies sich der riesige Kolonialbesitz immer mehr als ein Klotz am Bein des Empire. Die Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit, nicht zuletzt in Indien, das jahrzehntelang als „Perle der britischen Krone“ angesehen worden war, führten zu immer zahlreicheren Demonstrationen und auch zu bewaffneten Aufständen. Immer häufiger war von Großbritannien als von einem „Koloss auf tönernen Füßen“ die Rede, dessen globale Verpflichtungen die realen Ressourcen des Landes überforderten („over-commitment“). Die strategische Lage des Vereinigten Königreiches war überdies seit 1933 durch die Existenz dreier aufstrebender, aggressiver Mächte gekennzeichnet, die das Empire in Europa, im Mittelmeerraum und in Asien existenziell bedrohten: den deutschen und den italienischen Faschismus sowie den japanischen Militarismus. So weit einige wenige Stichworte zur Lage des Landes zwischen den Weltkriegen und am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.

Die unbezweifelbare Existenz dieser Indikatoren eines allmählichen Bedeutungsverlustes des Landes als imperialistischer Großmacht bedeutete jedoch nicht, dass es seinen Status als politische, ökonomische und militärische Großmacht bereits verloren gehabt hätte. Dies ist wichtig festzuhalten, weil die bürgerliche Forschung zur britischen Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen in der Regel die These vertritt, dass Großbritannien vor allem das militärisch immer stärker aufrüstende faschistische Deutschland nur durch eine alternative Politik der Beschwichtigung, das so genannte Appeasement³, in seinem Expansionsdrang einzudämmen imstande war, nicht durch eine Politik kollektiver Sicherheit mit einer Option glaubhafter militärischer Abschreckung und Gegenwehr im Falle einer faschistischen Aggression, wie sie seit Beginn der dreißiger Jahre von der sowjetischen Führung vorgeschlagen wurde. Eine adäquate Aufrüstung der

Gilbert Ziebura: Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24 bis 1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a.M. 1984.

³ Siehe Montgomery Hyde: Neville Chamberlain: Der glücklose Staatsmann, München 1982, S. 119 ff.; Siegfried Büniger: Die Beschwichtigungspolitik Großbritanniens – Ursachen und Motive, in: Werner Röhr, Brigitte Berlekamp u. Karl-Heinz Roth, Hrsg.: Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomie der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001, S. 294ff.

britischen Streitkräfte, das so genannte rearmament, sei für das Land aus ökonomischen Gründen nur unvollkommen und innerhalb eines längeren Zeitraums, zumal gegen starke innenpolitische Widerstände, durchzusetzen gewesen.⁴

Demgegenüber schätzten Adolf Hitler und seine engsten Gefolgsleute die militärischen Potenziale des Vereinigten Königreichs für den schnellen Aufbau und die Ausrüstung von starken Heeres- und Luftstreitkräften als nicht geringfügig ein. Sicherlich spielten hier ihre Erfahrungen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges eine gewisse Rolle. Jedenfalls taten sie alles Erdenkliche, um bis „fünf Minuten vor zwölf“ einen Kriegseintritt Großbritanniens zu verhindern. Diesem Ziel diente auch die vom „Führer“ des deutschen Faschismus persönlich befohlene Personalie, der Joachim von Ribbentrop am 11. August 1936 zum deutschen Botschafter in London ernannt und ihn im Februar 1938 zum Außenminister in der Nachfolge des deutschnationalen Altkonservativen Constantin Freiherr von Neurath berufen hatte. Bereits 1935 hatte sich Ribbentrop seinen Ruf als angeblich ausgezeichneter „Sachkenner“ der englischen Politik erworben, als er im Range eines „Sonderbotschafters“ das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni dieses Jahres aushandelte, in dessen Ergebnis die deutsche Flotte künftig – entgegen aller Bestimmungen des Versailler Vertrages – bis zu einem Drittel der Stärke der Royal Navy aufgerüstet werden durfte.⁵

Tatsächlich standen Großbritannien, ungeachtet aller nicht zu leugnenden politischen und ökonomischen Probleme, nach wie vor die nicht gering zu schätzenden Potenzen des weltweiten Empire zur Verfügung. Außerdem musste stets bedacht werden, dass – analog zur Situation im Ersten Weltkrieg – die diplomatisch-politische, wirtschaftliche, finanzielle und im Zweifelsfalle auch militärische Unterstützung Großbritanniens durch die USA ins Kalkül zu ziehen war.

Sympathien für den deutschen Faschismus

Wir wollen an dieser Stelle allerdings einen Gesichtspunkt hervorheben, der bei der Beurteilung der Politik des Landes gegenüber dem deutschen Faschismus von sehr wesentlicher Bedeutung ist und von vielen bürgerlichen Autoren aus verständlichen Gründen außer Acht, wenn man so will: rechts liegen gelassen oder als ein randständiges Phänomen abgetan wird: Die partielle Übereinstimmung mit dem Hitlerfaschismus als

⁴ Zu dieser Thematik nach wie vor sehr lesenswert: F. Coghlan: Armaments, economic policy and appeasement. Background to British foreign policy, 1931-7, in: History, Vol. 54, 1972, S. 205ff. Siehe auch J.P.D. Dunbabin: British rearmament in the 1930s: A chronology and review, in: The Historical Journal, Vol. 18, 1975, S. 587ff.; David G. Anderson: British Rearmament and the "Merchants of Death": The 1935-36 Royal Commission on the Manufacture of and Trade in Armaments, in: The Journal of Contemporary History, Vol. 29, 1994, S. 5ff.

⁵ Siehe Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen. Hrsg. von Helmuth Stoecker u. Adolf Rüger, Berlin-DDR 1968, S. 276ff.; Charles Bloch: Das Dritte Reich und die Welt. Die deutsche Außenpolitik 1933-1945, Paderborn u.a. 1992, S. 114ff.; Winston Churchill: Der Zweite Weltkrieg. 1. Bd.: Der Sturm zieht auf, Hamburg 1949, S. 172ff.

eines Instrumentes, das der verhassten Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent Paroli bieten und die ein nicht unerwünschtes Objekt des Expansionsdranges der Nazis werden sollte. Dass darüber hinaus bei den ökonomisch und politisch Herrschenden auf der Insel durchaus auch gewisse Sympathien für die Innenpolitik des deutschen Faschismus anzutreffen waren, besonders die Unterdrückung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung betreffend, darf nicht verschwiegen werden.⁶ Vor allem innerhalb der Aristokratie erfreuten sich der deutsche Faschismus und sein „Führer“ wachsender Beliebtheit. Die Anglo-German-Fellowship und der Cliveden Set waren Kristallisationspunkte der Sympathisanten Hitlerdeutschlands. Lord und Lady Astor sowie Lord Londonderry galten als die am meisten engagierten Parteigänger des faschistischen Terrorregimes in Deutschland.⁷

Kein Geringerer als der ehemalige Premierminister David Lloyd George formulierte während einer Debatte im Unterhaus am 28. November 1934, was nicht wenige Politiker und Aristokraten aus diesen Kreisen dachten:

„Ich sage voraus, dass in einer sehr kurzen Zeit – vielleicht nicht ein, vielleicht nicht zwei Jahre – die konservativen Elemente in England auf Deutschland als ein Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa blicken werden. Wenn Deutschland vor dem Kommunismus nieder bricht und der Kommunismus Deutschland ergreift, so wird Europa folgen, weil die Deutschen es am besten bewerkstelligen würden. Ihr werdet Deutschland als Euren Freund begrüßen.“⁸

Und für die Sympathien einer nach Osten gerichteten Expansion des Hitlerfaschismus unter führenden britischen Politikern und Diplomaten sei aus einem Bericht des Botschafters in Berlin, Sir Neville Henderson, vom 15. März 1939 zitiert – es war der Tag des Einmarsches der Nazi-Wehrmacht in Prag:

„Der ‚Drang nach Osten‘ ist eine Realität, während der ‚Drang nach Westen‘ erst dann dazu wird, wenn Deutschland findet, dass alle Wege nach dem Osten versperrt sind, oder wenn der Widerstand des Westens so sein wird, dass er Hitler überzeugt, er könne nicht ostwärts gehen, ohne zuerst diesen Widerstand ausgeschaltet zu haben. Deutschlands kontinentale Zukunft liegt im Osten, und das ist möglicherweise gar nicht so schlecht.“ („Germany’s continental future lies eastward and it is probably not unfortunate that it should be so.“)⁹

⁶ Bereits die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 und die ersten Maßnahmen der Nazi-Regierung lösten in Kreisen der Herrschenden in Großbritannien durchaus eine gewisse Zustimmung und eine von Sympathie geprägte Erwartungshaltung aus. Siehe hierzu Mirjam Kölling: Reaktionen der herrschenden Kreise Großbritanniens auf die Machtübertragung an die Faschisten in Deutschland, in: ZfG, 31. Jg., 1983, H. 11, S. 1004ff.

⁷ Siehe Karlheinz Schädlich: „Appeaser“ in Aktion. Hitlers britische Freunde in der Anglo-German Fellowship, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 3, 1969, S. 197ff.; Ian Kershaw: Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg, München 2005. Lord Londonderry schrieb z.B. 1937: „Nehmen wir offen die Tatsache der Rehabilitierung Deutschlands als Weltmacht hin und versuchen wir, wenn wir können, in Harmonie mit ihm zu arbeiten, denn von unserem gegenseitigen guten Willen hängt nach meiner Überzeugung in allererster Linie die Sicherung des Friedens in den kommenden Jahren ab.“ Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 80, 3.4.1937.

⁸ Deutsches Nachrichtenbüro, Nr. 346, 28.11.1934, S. 23, in: Bundesarchiv Berlin, R 2501/4026, unfol.

⁹ Documents on British Foreign Policy 1919-1939, 3rd Series, Vol. IV, London 1951, S. 216.

Derartige Anschauungen lagen der gesamten Appeasement-Politik des britischen Imperialismus zugrunde. Sie waren durchaus keine Randerscheinungen. Das Motiv, die Nazis eine Politik der „sozialen Revanche“ gegenüber der Sowjetunion ausführen zu lassen – und ihnen damit zu gestatten, letztlich eine Politik im Interesse aller imperialistischen Großmächte zu realisieren – war neben anderen Ursachen, die zum Appeasement führten und die die weiter oben skizzierten ökonomischen und politischen Existenzbedingungen des britischen Imperialismus betrafen, ist nicht zu leugnen. Dieses Motiv ist aus vielerlei Quellen zu rekonstruieren – Reden und Schriften von Abgeordneten, Diplomaten, gesellschaftlich einflussreichen Angehörigen der Aristokratie und Regierungsmitgliedern, nicht zuletzt aus zahlreichen Artikeln einflussreicher Presseorgane.

Auseinandersetzungen über das Verhältnis zur Sowjetunion

Das Münchner Abkommen vom 29. September 1938, das ja nicht nur einen politischen, sondern ebenfalls einen moralischen Bankrott der Appeasement-Politik bedeutete, stimulierte bei den Führern des deutschen Faschismus ihre Bereitschaft zu weiterem außenpolitischen Abenteuerum.

Mit dem Einmarsch der Nazi-Wehrmacht in das nach dem Münchner Abkommen noch verbliebene Staatsgebiet der CSR am 15. März 1939, bei dem die Westmächte einmal mehr tatenlos zusahen, erhöhte sich die Kriegsgefahr in Europa schlagartig, zumal Hitler kein Geheimnis aus seiner Absicht machte, jetzt die territorialen Ansprüche des deutschen Imperialismus gegenüber Polen einzufordern. Endgültig hatte sich die Richtigkeit der sowjetischen Auffassung erwiesen, dass nicht die Beschwichtigung der Faschisten, sondern nur ein System kollektiver Sicherheit mit einer glaubhaften militärischen Komponente dem faschistischen Expansionsdrang Einhalt gebieten konnte. Die Politik des Appeasements war vollständig gescheitert. Doch zogen die Regierenden in London daraus die notwendigen Lehren?

Davon konnte zum Unglück für den Frieden in Europa und in der Welt keine Rede sein. Am 21. und 22. März 1939 konferierten der Premierminister Neville Chamberlain und sein Außenminister Lord Halifax mit der französischen Regierung in London.¹⁰ Dabei waren sie übereinstimmend der Anschauung, dass die Einbeziehung der Sowjetunion in ein Vertragssystem gegen den deutschen Faschismus nicht opportun sei. Die UdSSR sei „unzuverlässig“ und „unfähig“, wirksame militärische Hilfe gegen weitere deutsche Überfälle auf Staaten Mittel- und Osteuropas zu leisten. Zunächst müsse die Kooperation mit Polen – ohne die Einbeziehung der Sowjetunion – hergestellt werden. Deshalb wurde der UdSSR auch lediglich der Abschluss eines „Konsultativpaktes“

¹⁰ Siehe zum Folgenden Georges Bonnet: Erinnerungen eines französischen Außenministers 1938-1939, Köln 1951, S. 190ff.

vorgeschlagen, der im Falle einer erneuten Aggression in Europa die Kontaktaufnahme der Regierungen in Paris, London und Moskau vorsah, um notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Dürftigkeit, besser: die fehlende Ernsthaftigkeit dieses Vorschlages lag auf der Hand. Lediglich der französische Außenminister Georges Bonnet verlangte – so schreibt er in seinen Memoiren – „den Abschluss einer Militärkonvention mit Russland, denn meiner Meinung nach hatte die europäische Spannung einen äußerst ernsten Grad erreicht.“¹¹

In dieser Situation insistierte die Sowjetunion mit besonderer Dringlichkeit bei den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, endlich Militärdelegationen nach Moskau zu entsenden, um gemeinsam militärische Aktionen für den Fall einer weiteren faschistischen Aggression vorzubereiten und aufeinander abzustimmen. Zugleich, am 17. April 1939, übermittelte der sowjetische Außenminister Maxim Litwinow dem britischen Botschafter, Sir William Seeds, den Entwurf eines Beistandspaktes und einer Militärkonvention zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich, die im Falle einer Aggression Hitlerdeutschlands dem betreffenden Staat in Mittel- bzw. Südosteuropa wirksame militärische Hilfe gewähren sollte. Dabei legte die sowjetische Seite Wert auf konkrete und alle Seiten bindende Absprachen. Die immer wieder angemahnte Antwort aus London und Paris ließ jedoch auf sich warten. Dort spielte man auf Zeit.

In einem Bericht des deutschen Botschafters in London, Herbert von Dirksen, an das Auswärtige Amt vom 11. Mai 1939 schätzte der Diplomat realistisch ein, „dass die englische Regierung die Entscheidung hierüber möglichst lange hinaus schieben möchte.“¹² Dabei konnten sich die westlichen Regierungen darauf berufen, dass das potenzielle nächste Opfer eines Überfalls durch Hitlerdeutschland, die Republik Polen, es vehement ablehnte, zur Verteidigung gegen die faschistischen Truppen sowjetischen Einheiten zu gestatten, auf polnischem Territorium gegen die Nazi-Wehrmacht den Kampf aufzunehmen. Gleiches galt für Rumänien.

Gespräche mit Moskau?

Inzwischen mehrten sich allerdings in der britischen Öffentlichkeit die Stimmen, die sich positiv zu den Offerten der sowjetischen Regierung äußerten. Erkennbar wuchs auch die Bereitschaft in der Bevölkerung und in den politischen Parteien und Verbänden, deutlich höhere finanzielle Mittel für die Verteidigung gegen Hitlerdeutschland, besonders gegen seine bedrohliche Luftwaffe, aufzuwenden. Winston Churchill, einer der eloquentesten Kritiker der Appeasement-Politik, plädierte am 4. Mai

¹¹ Ebenda, S. 229.

¹² Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D (1937-1945), Bd. VI, Nr. 362, S. 392.

1939 in einer viel beachteten Rede im Unterhaus zugunsten einer ernsthaften Prüfung des Angebots aus Moskau. Er sagte:

„Vor allem darf keine Zeit verloren werden. Schon sind zehn oder zwölf Tage vergangen, seit das russische Angebot gemacht wurde. Das britische Volk ist berechtigt, zusammen mit der Französischen Republik von Polen zu fordern, dass es der gemeinsamen Sache keine Hindernisse in den Weg legt. (...) Es besteht keine Möglichkeit, ohne die aktive Hilfe Russlands eine Ostfront gegen die nationalsozialistische Aggression aufrechtzuerhalten. Russland hat das größte Interesse daran, Hitlers Absichten in Osteuropa zu vereiteln.“¹³

Vier Tage später erreichte den inzwischen als Nachfolger Litwinows zum Außenminister der UdSSR berufenen Wjatscheslaw Molotow die offizielle Absage aus London, einen Beistandspakt mit der Sowjetunion abzuschließen. Jetzt gewannen die Auseinandersetzungen zu dieser Thematik in Großbritannien weiter an Schärfe. Am 19. Mai ergriff in einer stürmisch geführten Debatte des Unterhauses erneut Winston Churchill das Wort. Er hatte sich am Tage zuvor in einem langen Telefongespräch mit dem sowjetischen Botschafter Iwan Maiski¹⁴ eingehend über die Vorstellungen der UdSSR zum Abschluss eines Beistandspaktes informiert. Churchill führte u.a. aus:

„Die Vorschläge der Regierung Russlands sehen einen Dreibund...gegen eine Angriffspolitik vor, wobei dieses Bündnis auch anderen Ländern offenstehen würde, die sich ihm anschließen wünschen. Das Bündnis verfolgt nur den Zweck, weiteren Angriffshandlungen Widerstand zu leisten und die Opfer einer Aggression zu beschützen. Ich verstehe nicht, was dagegen einzuwenden wäre. Was soll an diesem einfachen Vorschlag nicht gut sein? Man fragt: ‚Kann man der Sowjetregierung trauen?‘ In Moskau fragt man vermutlich: ‚Können wir Chamberlain trauen?‘ Ich hoffe, dass wir sagen dürfen, die beiden Fragen könnten bejahend beantwortet werden. (...) Ohne wirksame Ostfront kann es keine ausreichende Verteidigung unserer Interessen im Westen geben, und ohne Russland gibt es keine wirksame Ostfront.“¹⁵

Bei einer Entscheidung über die sowjetische Offerte müsse man – so Winston Churchill – nicht von Gefühlen, sondern allein von einer rationalen Analyse der internationalen Lage ausgehen:

„Man muss sich leiten lassen vom Studium der involvierten Interessen. Die vitalsten und wichtigsten Interessen Russlands sind zutiefst eingebunden in einer Zusammenarbeit mit Großbritannien und Frankreich um weitere Akte der Aggression zu verhindern.“ (im Original: „You must be guided by a study of the interests involved. The vital major interests of Russia are deeply engaged in co-operation with Great Britain and France to prevent further acts of aggression.“)¹⁶

Einen ersten, allerdings völlig unzureichenden Schritt in die richtige Richtung unternahm London, indem der Leiter der Abteilung für Mitteleuropäische Angelegenheiten im Foreign Office, Sir William Strang, am 15. Juni 1939 in Moskau Informationsgespräche mit Außenminister Molotow über die Möglichkeiten eines Beistandspaktes führte. Allerdings musste es als diplomatischer Affront angesehen werden, dass statt des eingeladenen Außenministers Lord Halifax, der „Terminschwierigkeiten“ geltend machte,

¹³ Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg. 1. Bd.: Der Sturm zieht auf, S. 443.

¹⁴ Siehe I.M. Maiski, Memoiren eines sowjetischen Botschafters, 6. Aufl., Berlin-DDR 1977, S. 446.

¹⁵ Zitiert nach ebenda, S. 446f. Der Redetext im englischen Original:

<http://hansard.millbanksystems.com/commons/1939/may/19/international-situation>.

¹⁶ Ebenda.

nur ein beamteter Diplomat in die sowjetische Hauptstadt entsandt wurde. Endlich, am 25. Juli 1939, teilte der britische Außenminister Botschafter Maiski die Entscheidung mit, eine Militärdelegation nach Moskau zu entsenden, die – gemeinsam mit französischen Abgesandten – Gespräche über den Abschluss einer Militärkonvention führen sollte. Allerdings war Lord Halifax außerstande mitzuteilen, wer diese Delegation leiten und wann ihre Abreise erfolgen werde.

Diese Themen waren erneut Gegenstand einer äußerst kontrovers geführten Unterhaus-Debatte am 31. Juli 1939. Zeitweilig kam es zu tumultartigen Szenen. Der Sprecher der Liberalen, Archibald Sinclair, forderte, dass „eine Persönlichkeit von höchstem politischen Rang“ die Delegation leiten müsse. Er erklärte weiter, dass man, „um zu einem baldigen Abschluss zu gelangen, alle Zweifel und Verdächtigungen, die man in England gegen die Sowjetunion habe, fallen lassen müsse“.¹⁷ Der Abgeordnete der Labour Party Hugh Dalton verlangte, Außenminister Halifax selbst solle nach Moskau fahren. Anthony Eden, ehemaliger Außenminister, Abgeordneter der Konservativen Partei und einer der meisten angesehenen Politiker des Landes, schlug die sofortige Abreise der Delegation vor. Außerdem sei es nötig, einen herausragenden Politiker an ihre Spitze zu stellen. Chamberlain versuchte, die Kritik an der inhaltlichen Verfahrensweise seiner Regierung mit dem Hinweis zu entschärfen, früher stattfindende Vertragsverhandlungen hätten auch sehr lange bis zu ihrem erfolgreichen Abschluss gedauert. Als Beispiel führt er die Entente Cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien an, die 1904 erst nach neunmonatigen Gesprächen zustande gekommen sei. Dieser, in jeder Hinsicht problematische Vergleich erhellt schlaglichtartig, was Geistes Kind Chamberlain war.

Doch in einer Zeit, so lesen wir es beim westdeutschen Historiker und ehemaligen stellvertretenden Direktor des Deutschen Historischen Instituts in London, Lothar Kettenacker, „wo alles auf höchste Eile ankam, entsandten die beiden Westmächte eine Militärdelegation, die fünf Tage, vom 5. bis 10. August, auf einem langsamen Passagierdampfer, der ‚City of Exeter‘, die eine maximale Geschwindigkeit von lediglich 13 Knoten erreichte, unterwegs war und aus Offizieren der zweiten Garnitur bestand, die zu keinem Abkommen ermächtigt waren.“¹⁸ Kostbare Zeit war also vergangen, ehe die Gespräche am 12. August 1939 endlich beginnen konnten. Da die Leiter der Delegationen, Korps-General Joseph Doumenc und Admiral Sir Reginald Plunkett-Erle-Drax, entweder gar keine oder nur eingeschränkte Vollmachten vorzuweisen imstande waren, und sie außerdem die Anweisung hatten, „sehr langsam bei den

¹⁷ Schulthess Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ulrich Thürauf, Neue Folge, 55. Jg., 1939, München 1940, S. 370. Zum Folgenden siehe auch I.M. Maiski: Memoiren eines sowjetischen Botschafters, S. 675f.

¹⁸ Lothar Kettenacker: Die Diplomatie der Ohnmacht. Die gescheiterte Friedensstrategie der britischen Regierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1979, S.266.

Gesprächen vorzugehen“ („go very slowly with the conversations“¹⁹), schien der Misserfolg von vornherein vorprogrammiert gewesen zu sein. Demgegenüber nahm auf sowjetischer Seite die gesamte militärische Führung des Landes, darunter Verteidigungsminister Kliment Woroschilow, zugleich Mitglied des Politbüros der KPdSU, Generalstabschef Schaposchnikow und sein Stellvertreter Smorodinow, an den Verhandlungen teil.

Das Scheitern der Moskauer Verhandlungen

Immer wieder erkundigten sich die sowjetischen Generäle, ob es inzwischen eine Antwort aus Warschau auf die Frage einer Beteiligung sowjetischer Truppen im Falle eines Angriffs Hitlerdeutschlands auf Polen gebe. Woroschilow lehnte es schließlich ab, so schreibt der britische Militärgeschichtler Norman Gibbs, von General Doumenc und Admiral Drax mit leeren Worten abgespeist zu werden, die angesichts ihrer schwierigen Instruktionen um Worte rangen.²⁰ Als am 21. August noch immer keine entsprechenden Mitteilungen aus Warschau eingetroffen waren, gibt der sowjetische Verteidigungsminister gegenüber den Delegationen aus Großbritannien und Frankreich folgende offizielle Erklärung ab:

„So, wie sich die englischen und amerikanischen Truppen im vorigen Weltkrieg nicht an der militärischen Zusammenarbeit mit den bewaffneten Kräften Frankreichs hätten beteiligen können, wenn sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, auf dem Territorium Frankreichs zu operieren, so können auch die bewaffneten sowjetischen Streitkräfte nicht an einer militärischen Zusammenarbeit mit den bewaffneten Streitkräften Frankreichs und Englands teilnehmen, wenn ihnen nicht gestattet wird, das Territorium Polens und Rumäniens zu betreten.“²¹

Zur intransigenten Haltung der polnischen Regierung, in Sonderheit ihres Außenministers Josef Beck, und zu ihrem Anteil am Scheitern der Verhandlungen, schreibt der damalige französische Außenminister Bonnet in seinen Memoiren:

„Jetzt trug Beck eine große Verantwortung für das Scheitern unserer Verhandlungen mit der UdSSR. Trotz unserer Mahnungen hatte er jede Hilfe der Sowjetunion hartnäckig abgelehnt und den russischen Truppen untersagt, polnisches Gebiet zu betreten. Dies war der Grund oder der Vorwand für den Abbruch der Verhandlungen gewesen. In Wirklichkeit war es recht unwichtig, ob Russland diese Ablehnung erwartet und mit ihr gerechnet hatte. Gewiss aber war, dass die Polnische Regierung wieder einmal ihr eigenes Spiel gespielt hatte, ohne sich um ihre Verbündeten zu kümmern.“²²

Und weiter:

„Ich hatte den Eindruck, dass ich erneut auf das grundsätzliche Vorurteil der Polen gegen Russland gestoßen bin, auf ein vielfältiges und größtenteils gefühlsmäßig bedingtes Misstrauen, dem gegenüber die gediegensten Beweisgründe das Wesentliche ihrer Kraft verlieren.“²³

¹⁹ Documents on British Foreign Policy 1919-1913, 3rd Series, Vol. VI, London 1953, Appendix V, S. 763.

²⁰ Siehe N. H. Gibbs: Grand Strategy. Volume I: Rearmament Policy, London 1976, S. 754.

²¹ Zitiert nach I.M. Maiski: Memoiren eines sowjetischen Botschafters, S. 486.

²² Siehe Georges Bonnet: Vor der Katastrophe, S. 263.

²³ Ebenda, S. 253.

London und Paris hatten über ihre Botschafter in Warschau versucht, auf die polnische Regierung einzuwirken, um eine zumindest teilweise Akzeptanz der sowjetischen Forderungen zu erreichen. Es sei dahin gestellt, wie ehrlich diese Einwirkungen gemeint waren und mit welcher Überzeugungskraft und Intensität sie vorgetragen wurden. Immerhin hatte jetzt auch der britische Generalstab in diesem Sinne gewirkt, denn er war überzeugt davon, wie Norman Gibbs schreibt, dass die stärkste Druckausübung gegenüber Polen nötig gewesen wäre, da ein entsprechender Vertrag mit der UdSSR der beste Weg gewesen sei, um einen Krieg zu verhindern.²⁴ Doch ein solcher Vertrag kam bekanntlich nicht zustande. Schließlich wurden die ergebnislos verlaufenden Verhandlungen am 21. August 1939 auf unbestimmte Zeit vertagt. Vier Tage später reisten die Delegationen aus London und Paris ab. In einem Interview mit der Zeitung „Izvestija“ vom 27. August teilte Kliment Woroschilow der Öffentlichkeit folgende Klarstellung, angesichts des mittlerweile unterschriebenen Nichtangriffsvertrages mit Deutschland mit:

„Nicht deshalb wurden die militärischen Verhandlungen mit England und Frankreich unterbrochen, weil die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abgeschlossen hat, sondern im Gegenteil, die Sowjetunion schloss einen Nichtangriffspakt mit Deutschland ab unter anderem infolge des Umstandes, dass die militärischen Verhandlungen mit Frankreich und England kraft unüberwindbarer Meinungsverschiedenheiten in eine Sackgasse gerieten.“²⁵

Optionen der Sowjetunion am Vorabend des Krieges

Für die Sowjetunion existierten jetzt die folgenden, grundsätzlichen Optionen: **Entweder** darauf zu hoffen, dass sich der für die nahe Zukunft abzeichnende Überfall des deutschen Faschismus auf Polen an den Grenzen der UdSSR haltmachen würde **oder** angesichts der fehlenden Bereitschaft Großbritanniens und Frankreichs, gemeinsam mit der Sowjetunion jede Aggression der Faschisten militärisch zu beantworten, einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen. Wichtig erscheint es mir festzuhalten: Der Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 wäre nie abgeschlossen worden, wenn die Westmächte, besonders Großbritannien, den zahlreichen Vorschlägen der Sowjetunion zugestimmt hätten, rechtzeitig ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu errichten. Anstatt die Faschisten ständig zu „beschwichtigen“ und sogar ihre Aggressionen gegenüber Österreich und der CSR 1938/39 mitzuorganisieren bzw. in aller Öffentlichkeit für diese völkerrechtswidrigen Aktionen „Verständnis“ zu demonstrieren, wäre es nötig gewesen, über den eigenen Schatten zu springen und die Sowjetunion als gleichberechtigten Partner bei der Abwehr faschistischer Aggressionen und Weltherrschaftspläne zu behandeln. 1939 setzten sich immerhin einige einflussreiche Politiker aus der Konservativen und der Liberalen Partei sowie aus der Labour Party, z.B. Winston Churchill, Archibald Sinclair und Clement Attlee und schließlich auch der britische

²⁴ Norman H. Gibbs: Grand Strategy, S. 754.

²⁵ Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, hrsg. und eingeleitet von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld, Berlin 1990, Nr. 147, S. 243.

Generalstab²⁶, für einen Pakt mit der UdSSR ein, um den drohenden Krieg zu verhindern. Alles dies belegt, dass es bei den Herrschenden zu Differenzierungsprozessen über die einzuschlagende außenpolitische Strategie des britischen Imperialismus gekommen war, die auch für die Öffentlichkeit nachvollzogen werden konnten. Doch die realistisch denkenden Kräfte vermochten es nicht, ihre Anschauungen durchzusetzen.

Für die Sowjetunion kam als wichtiges Faktum hinzu, dass es seit dem Einfall japanischer Truppen in die Mandschurei im September 1931 immer wieder Gefechte und auch größer dimensionierte Kampfhandlungen zwischen japanisch-mandschurischen und sowjetischem Militär im Fernen Osten gegeben hatte. Im Herbst 1933 wurden Einrichtungen der Ostchina-Bahn und Grenztruppen der UdSSR überfallen. Am 31. Juli 1938 griffen japanische Einheiten sowjetische Truppen am See Chassan an. Im Sommer 1939, gerade zu der Zeit, als in Europa die Kriegsgefahr mit Händen zu greifen war, standen sowjetische und mongolische Truppen in einer Großoffensive gegen japanische Aggressoren im Raume des Sees Chalchyn-gul. Nach monatelangen Kampfhandlungen gelang es unter dem Kommando von General Georgi Shukow Ende August 1939, die Angreifer zu vertreiben. Aber die Lage an den fernöstlichen Grenzen der Sowjetunion blieb instabil und erforderte die Bereitstellung eines beträchtlichen Teiles von Heer und Luftwaffe in Asien. Die Tatsache, dass sich die UdSSR 1938/39 bereits in einem Krieg im Fernen Osten befand und bei einer Aggression Hitlerdeutschlands einen Zweifrontenkrieg zu befürchten hatte, wird – aus welchen Gründen auch immer – von fast allen bürgerlichen Autoren, die sich mit der Vorgeschichte und dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages befassen, verschwiegen. Wir sehen: Nicht nur Großbritannien sah sich auch außerhalb Europas militärischen Bedrohungen ausgesetzt.

Am Ende zeigte sich – mit den Worten des renommierten Freiburger Militärhistorikers Manfred Messerschmidt: „Eine Allianz mit Sowjetrußland passte nicht in das Weltbild Chamberlains.“²⁷ Und sicherlich – das darf man hinzufügen – auch nicht in die politisch-strategische Interessenlage derjenigen gesellschaftlichen Kräfte im Vereinigten Königreich, dessen Geschäfte er besorgte. Zum Abschluss sei deshalb Thomas Mann zitiert, einer der klügsten Köpfe seiner Zeit, der am 29. März 1939 hellsichtig in sein Tagebuch notiert hatte:

„Die Situation scheint sich dem Kriege zu nähern, wird voraussichtlich sich wieder von ihm entfernen, um am Ende doch in ihm unterzugehen. Die kapitalistische Welt wird durch ihr Hätschelkind, den Faschismus, zum Kriege gezwungen werden.“²⁸

Dem ist nichts hinzuzufügen.

²⁶ Siehe Lothar Kettenacker: Die Diplomatie der Ohnmacht, S. 242ff.

²⁷ Manfred Messerschmidt: Außenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1, Stuttgart 1979, S. 682f. Zur weltanschaulichen Grundierung und zur Weltsicht Chamberlains siehe Montgomery Hydes informative Biographie: Der glücklose Staatsmann, passim.

²⁸ Thomas Mann: Tagebücher 1937-1939. Hrsg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 2003, S. 382f.